

Interfraktionelle Kleine Anfrage BDP/CVP, FDP/JF (Lionel Gaudy, BDP/Milena Daphinoff, CVP/Vivianne Esseiva, FDP): Finanzpolitische Auswirkungen der raschen Verbreitung des Coronavirus

Die wirtschaftliche Lage spitzt sich weltweit aufgrund der raschen Verbreitung des Coronavirus zu. Aktuell ist nicht absehbar, welche wirtschaftlichen und finanzpolitischen Folgen dies haben wird. Sicherlich werden die abgesagten Veranstaltungen, ausbleibenden Touristen und sinkenden Konsumausgaben auch für die Stadt Bern deutliche Auswirkungen haben.

Der Gemeinderat wird höflich gebeten, zu nachfolgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Welche finanzpolitischen Massnahmen plant der Gemeinderat zu ergreifen, um eine weitere Verschlechterung der Stadtfinanzen zu verhindern?
2. Erachtet es der Gemeinderat als wahrscheinlich, dass die Steuereinnahmen weiterhin sinken werden und welche Konsequenzen zieht er daraus?
3. Zieht es der Gemeinderat in Erwägung, Wirtschaftsförderungsmassnahmen zu ergreifen und falls ja, welche?

Bern, 12. März 2020

Erstunterzeichnende: Lionel Gaudy, Milena Daphinoff, Vivianne Esseiva

Mitunterzeichnende: Barbara Freiburghaus, Dolores Dana, Tom Berger, Ursula Stöckli, Bernhard Eicher, Dannie Jost

Antwort des Gemeinderats

Die Corona-Pandemie führt weltweit zu beispiellosen Einschränkungen und damit negativen Auswirkungen auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Die daraus resultierenden finanziellen Folgen für Bund, Kantone und Gemeinden kann heute, auch aufgrund der Unsicherheiten bezüglich der Dauer bis zu einer Rückkehr zum «courant normal», niemand auch nur annähernd abschätzen: Der Gemeinderat erwartet jedoch erhebliche negative Auswirkungen auf die Stadtfinanzen.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat wird dem Stadtrat im Rahmen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2021 – 2024 aufzeigen, wie er den Finanzhaushalt langfristig im Gleichgewicht halten will.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat rechnet aufgrund der Corona-Krise mit weniger Steuereinnahmen als ursprünglich geplant. Welche Konsequenzen er daraus zieht, wird er dem Stadtrat im Rahmen des IAFP 2021 – 2024 darlegen.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat sieht primär den Bund und den Kanton in der Verantwortung, um die Wirtschaft rasch und wirkungsvoll zu stabilisieren. Dazu wurden milliardenschwere Programme lanciert. Ein städtisches Programm ist zurzeit nicht geplant.

Bern, 6. Mai 2020

Der Gemeinderat